

DIE HEIMSTÄTTE

Monatsschrift für das

Heimstättenwesen

Organ des Heimstättenamtes der
deutschen Beamenschaft
e.V.



Organ der Beamtenbausparkasse
Heimstätten-gesellschaft der
deutschen Beamenschaft
m. b. H.

BERLIN NW 87

LESSING-STR. 11

HERAUSGEBER: JOHANNES LUBAHN

Verlagsort: Potsdam

Nummer 11

November 1930

7. Jahrgang

Geburtenrückgang und Wohnungsbau.

Von Prof. Dr. Guntemüller, Leiter des Instituts für Körperkultur an der Hessischen Landesuniversität.

Wir sind im Begriffe, ein sterbendes Volk zu werden ebenso wie Frankreich, das seine Volkszahl und Volkswirtschaft nur durch Einwanderung volksfremder Elemente aufrecht erhält, denn der Ueberschuß der Geburten über die Sterbefälle, der 1927 noch 6,3 (1900 dagegen 14,73) auf tausend Einwohner betrug, ist ein Trugbild und hauptsächlich darauf zurückzuführen, daß die mittlere Lebensdauer sich infolge der letzten fünfzig Jahre um rund zwanzig Jahre erhöht hat. Dr. Burgdörfer, Oberregierungsrat im statistischen Reichsamte, berechnet auf Grund der heutigen mittleren Lebensdauer von 57,4 Jahren, die sich nicht im selben Maße steigern lassen wird, eine zu erwartende (bereinigte) Sterbeziffer von 17,4 auf je 1000 Einwohner; sie beträgt aber bei dem heutigen abnormen Altersaufbau nur 12,0 vom Tausend der Gesamtbevölkerung. Unter Berücksichtigung des Geburtenausfalles der Kriegsjahre und des Geburtenrückganges in der Nachkriegszeit beträgt nach seinen Berechnungen die Geburtenziffer 16,6 vom Tausend statt der rohen 18,3 vom Tausend. In einer stationären Bevölkerung (d. h. in einer Bevölkerung, die an Zahl weder zu noch abnimmt) von 63,25 Millionen mit einer mittleren Lebensdauer von 57,4 Jahren und jährlich 17,4 Lebendgeborene, ist aber der Bestand an gebärfähigen Frauen ein geringerer als in der heutigen noch nicht stationären Reichsbevölkerung. Mit Rücksicht hierauf stellt sich die „bereinigte“ Geburtenziffer auf 15,9 v. T.

Die wahre Bilanz unserer Bevölkerungsbewegung sieht ganz anders aus, als sie nach der rohen (unbereinigten) Berechnung erscheint.

Statt einer Geburtenziffer von 18,3 auf 1000 Einwohner und einer Sterbeziffer von 12,0 auf 1000 Einwohner mithin ein Geburtenüberschuß

von + 6,3 auf 1000 Einwohner ergibt sich, bezogen auf eine stationäre Bevölkerung, folgendes Bild:

Geburten=Soll gleich Sterbeziffer	17,4 v. T.
Geburten=Ist (Geburtenziffer (1927))	15,9 v. T.
mithin Defizit (—)	1,5 v. T.

Die Vermehrung des deutschen Volkes reicht heute schon nicht mehr aus, um auch nur seinen Bestand zu erhalten. In keinem anderen Lande weist der Geburtenrückgang nach dem Weltkrieg ein schärferes Tempo auf als in Deutschland.

Das Geburtendefizit ist am größten in den Großstädten, die über ein Viertel der deutschen Bevölkerung beherbergen. Die rohe Geburtenziffer ist hier auf 13,4 auf 1000 Einwohner zurückgegangen. Die Reichshauptstadt geht voran und hat 1927 mit 9,9 (bereinigt 7,6) Geburten auf 1000 Einwohner den traurigen Ruhm, die unfruchtbarste Stadt der Welt zu sein. Sie bleibt hinter dem Soll von 17,4 Geburten auf 1000 Einwohner

um (—) 9,8 zurück. Berlin würde, ohne Zuzug von außen, in einer Generation auf die Hälfte, in einer weiteren Generation wiederum auf die Hälfte, also in zwei Generationen von 4 Millionen auf eine Million zusammenschrumpfen.

Nicht viel günstiger als in den Großstädten liegen die Verhältnisse in den deutschen Mittelstädten. Die rohe (unbereinigte) Geburtenziffer betrug 1927 in den Gemeinden

mit 50—100 000	30—50 000	15—30 000	Einwohnern
15,9	15,8	16,1	

Die „bereinigte“ Geburtenziffer würde sich für 1927 in den deutschen Großstädten von 13,4 auf 10,0 v. T. reduzieren und um gut zwei Fünftel hinter dem Soll von 17,4 zurückbleiben, in den Mittelstädten von etwa 16 auf 12 v. T. heruntergehen und fast um ein Drittel hinter dem Soll zurückbleiben.

Die Geburtenhäufigkeit geht aber auch auf dem Lande stark zurück, so daß die Städte nicht mehr wie bisher mit einem Geburtenüberschuß und Zuzug vom platten Lande rechnen können.

Das 20. Jahrhundert ist mit Unrecht als das Jahrhundert des Kindes bezeichnet worden, denn wir sehen in allen zivilisierten Ländern mit der Jahrhundertwende eine starke Einschränkung der Kinderzahl. Der Schrei nach dem Kinde hat sich vielfach in Furcht vor dem Kinde gewandelt. Ein Kind ist vielen unbequem und ein Hindernis bei der Befriedigung der übermäßig gesteigerten Ansprüche an einen verfeinerten Lebensgenuß.

Viele Ehen, die sogenannten Kameradschaftsehen, verzichten von vornherein auf Nachkommenschaft. Andere würden gern eine größere Kinderschar aufziehen, wenn die Umweltbedingungen andere wären. Unter diesen Umweltbedingungen spielt neben der allgemeinen wirtschaftlichen Not die Wohnungsfrage eine hervorragende Rolle. Man schätzt, daß in Deutschland etwa 1 Million Wohnungen fehlen und weiterhin auf Jahre hinaus 250 000 gebaut werden müssen, um den Abgang der baufälligen zu ersetzen und den im Heiratsalter noch vorhandenen Bevölkerungsüberschuß aufzunehmen.

Die Etagenwohnungen in den städtischen Mietkasernen sind ferner zur Aufzucht von Kindern wenig geeignet. Gerade der Säugling und das Kleinkind brauchen zu ihrer gesunden Entwicklung Licht und Luft, woran es in diesen überfüllten Wohnungen vielfach mangelt. So finden sich denn unter unserer Stadtjugend die vielen, in der Entwicklung zurückgebliebenen, mit Skrofuloze und Rachitis behafteten, blutarmen, müden Kinder. Obwohl die Wohnverhältnisse auf dem Lande auch häufig viel zu wünschen übrig lassen, wachsen die Kinder hier doch mehr oder minder im Freien auf, während die kleinen Kinder in der Stadt an das Haus bzw. die Etage gebannt sind.

Nur der Bau von Kleinhäusern bzw. Heimstätten mit einem wenn auch nur kleinen Garten, kann hier Abhilfe schaffen. Hier haben die Kinder Gelegenheit, in Luft und Sonne heranzuwachsen, sich nach Kräften zu tummeln, ihren Eltern bei der Gartenarbeit zu helfen und so den eigenen Herd schätzen und lieben zu lernen. Daß das Einfamilienhaus selbst in den Großstädten durchführbar und wirtschaftlich tragbar ist, haben die Erfahrungen in unseren Hansestädten Bremen und Lübeck und in der Industriestadt Essen gezeigt.

Die Frage, ob Hochbau, d. h. Mietkaserne, oder Flachbau, d. h. Einfamilienhaus, sollte beim Wohnungsbau überhaupt nicht mehr diskutiert werden. Der Nationalreichtum eines Volkes liegt in erster Linie in der Zahl und der Tüchtigkeit seiner Bürger und erst in zweiter Linie in materiellen Werten, die nur dazu dienen sollen, die Ersteren zu erhalten und zu mehren.

Die in den Städten herrschende Bodenspekulation verteuert aber die Grundstücke derart, daß unter den heutigen Bedingungen, zumal bei der jetzigen Geldknappheit, an eine Unterbringung größerer Teile der Bevölkerung in derartig hygienisch einwandfreien Siedlungen nicht gedacht werden kann. Hier will das Wohnheimgesetz Wandel schaffen, das jede mißbräuchliche Benutzung des Bodens, insbesondere solche preistreiberischer Art, ausschließt. Der Vater der deutschen Heimstättenbewegung, Ehren doktor der Siezener theologischen Fakultät, Dr. jur. h. c., Dr. med. h. c. A. Damschke, ist auch der Urheber dieses Gesetzesentwurfes, der hoffentlich dem Reichstage demnächst vorgelegt wird.

Nach Artikel 155 der neuen deutschen Reichsverfassung soll jede deutsche Familie Anspruch auf eine Wohn- oder Wirtschaftsheimstätte haben. Der Anfang zu seiner Verwirklichung war das Reichsheimstättengesetz vom 10. Mai 1920. Die „Reichsheimstätten“ genießen steuerliche Vorteile, sie bleiben von der Zwangsvollstreckung verschont und über alle Wechselfälle des Lebens hinaus gesicherter Familienbesitz.

Um großen Teilen der Beamenschaft den Erwerb einer Heimstätte zu ermöglichen, ist dann am 18. Juni 1927 das „Gesetz über die Abtretung von Beamtenbezügen“, kurz „Beamtenheimstättengesetz“ genannt, vom Reichstag in 2. und 3. Lesung gegen die Stimmen der Wirtschaftspartei und eines Teiles der Kommunisten mit überaus großer Mehrheit angenommen. Dadurch ist allen öffentlichen Reichs-, Staats- und Gemeindebeamten, Geistlichen und Lehrern die Möglichkeit gegeben, gegen Abtretung eines Teils ihrer Gehaltsbezüge unfündbare Darlehen zum Bau von Heimstätten zu erhalten.

Auch die obersten Behörden der evangelischen und katholischen Kirchengemeinden haben den großen sittlichen Wert gesunden Wohnens erkannt und gewähren ihren Mitgliedern Spardarlehen zum Bau von Heimstätten.

Die Reichs- und Staatsbehörden bringen der Heimstättenbewegung großes Interesse entgegen. Durch Landesgesetze ist vielfach bestimmt, daß die aus der Hauszinssteuer zur Verfügung stehenden Darlehen in erster Linie dem Kleinwohnungsbau zugute kommen sollen.

In den nächsten Jahren werden die fehlenden Wohnungen geschaffen, und damit wird auf lange Jahre hinaus die Wohnweise für einen großen Teil unserer Bevölkerung festgelegt werden. Die Kommunen und gemeinnützigen Siedlungsgesellschaften, die diese Bauten in erster Linie durchführen, tragen daher eine große Verantwortung gegenüber dem kommenden Geschlecht.

Es ist vom sittlichen, hygienischen und bevölkerungspolitischen Standpunkt grundfalsch, die Bevölkerungsmassen in Mietkasernen unterzubringen, wie es z. B. die Wiener Stadterwaltung nach dem Kriege in großzügiger Weise getan hat. Einichtsvolle Kommunalbehörden, wie z. B. Frankfurt a. M., suchen demgegenüber unter Verwendung der Hauszinssteuer Eigenheime zu schaffen, die den Mietern gegen erträgliche Verzinsung und geringe Amortisation zu Eigen überlassen werden.

Man unterscheidet Wohn- und Wirtschaftsheimstätten. Für größere Siedlungen kommen nur die Ersteren in Betracht, sie sollten mindestens 200 Quadratmeter Grundfläche umfassen. Wirtschaftsheimstätten sind nur für ländliche Verhältnisse angebracht, wo Kleintierzucht möglich

ist und die hierbei entstehenden Abfallstoffe zur Düngung des Gartenlandes verwandt werden können; ihre Größe ist auf etwa 900 bis 1200 Quadratmeter zu bemessen. Sollen die Siedler ihren vollen Lebensunterhalt durch die Bewirtschaftung des Grundstückes gewinnen, so müssen jedem Siedler mehrere Morgen Land zugewiesen werden, je nach der Ertragsfähigkeit des Bodens.

Der Bauplan muß den wirtschaftlichen Verhältnissen und der Größe der Familie Rechnung tragen. Da die Lebensbedürfnisse großer Bevölkerungskreise sehr ähnlich sind, so geht man mehr und mehr dazu über, Eigenheimtypen aufzustellen, die nach bautechnischen, hygienischen und ästhetischen Gesichtspunkten gut durchgearbeitet, sich bei hundertfältiger Ausführung weit billiger stellen, als wenn für jeden einzelnen Bau ein besonderer Bauplan angefertigt werden muß.

Eine Familie mit zwei oder mehr Kindern beiderlei Geschlechts benötigt ein Wohnzimmer, ein Eltern- und zwei Kinderschlafzimmer, ferner Küche, Klosett und Badezimmer bzw. Dusche. Zu viele und zu große Räume sind unwirtschaftlich, zumal sie größere Ausstattungskosten, mehr Heizung und Reinigung erfordern. Der Kraftaufwand, der von der Hausfrau gefordert wird, muß auf ein möglichst geringes Maß beschränkt werden.

Früher hat man vielfach, besonders in ländlichen Gegenden, Küche und Wohnraum (Wohnküche) vereinigt, damit die Hausfrau die Kinder leichter beaufsichtigen kann, doch ist man heute wieder davon abgekommen. Sedenfalls muß aber bei dieser Anordnung ein besonderer Spülraum vorgesehen und für gute Durchlüftbarkeit der Wohnküche gesorgt werden.

Ueberhaupt ist auf gute Durchlüftung und Beleuchtung großer Wert zu legen. Ein Erwachsener braucht stündlich etwa 32 Kubikmeter frische Luft zum Atmen, wenn der Kohlenäuregehalt nicht über 1 Prozent steigen soll; für ein Kind rechnet man durchschnittlich die Hälfte. Da sich die Luft eines Wohn- bzw. Schlafzimmers mit Hilfe der natürlichen Lüftung durch die Poren des Mauerwerks, durch Fenster- und Türrißen auf die Dauer nicht mehr als zwei mal in der Stunde erneuern läßt, so beträgt der Mindestkubikraum für einen Erwachsenen 16 Kubikmeter, für ein Kind 8 Kubikmeter. Bei einer Geschoßhöhe von 2,50 Meter, die bei Flachbau genügt, sind für das Elternschlafzimmer etwa 13 Quadratmeter Bodenfläche erforderlich, bei einer Geschoßhöhe von 2,75 Meter etwa 12 Quadratmeter. Das Wohnzimmer, das die ganze Familie aufnehmen soll, muß dementsprechend größer gehalten werden, die Kinderschlafzimmer können evtl. kleiner sein.

Die Lage der Zimmer soll sich nicht, wie man es heute noch vielfach bei Neubauten sieht, nach der Straßenseite richten, sondern Wohnräume und Schlafzimmer werden am besten nach der Sonnenseite, Küche, Speisekammer, Badezimmer, Abtritt und Treppenhaus nach der Schattenseite (Norden, Nordost, Nordwest) gelegt. Wo wegen Platzmangels auf einen Garten verzichtet werden muß, können auf den Häusern Dachgärten angelegt werden.

Aus wirtschaftlichen Gründen und um die Siedlung nicht zu weiträumig werden zu lassen, wird die Anlage von Reihenhäusern bevorzugt, in ländlichen Gegenden ist dagegen das freistehende Einfamilienhaus das Gegebene. Aus den gleichen Gründen können die Straßen in den Wohnsiedlungen, die ja nicht dem Durchgangsverkehr dienen, schmal gehalten werden. Im allgemeinen soll die Breite der Straße der Höhe der Häuser entsprechen, so kann genügend Licht auch in die unteren Stockwerke gelangen. Damit die eine Front der Häuser nicht ständig im Schatten liegt, sollen die Straßen nicht von West nach Ost verlaufen, besser ist in unseren Breiten eine Straßenrichtung von Nordost nach Südwest, oder Nordwest nach Südost, die neben einer guten „Durchsonnung“ auch eine gute „Durchlüftung“ gewährleistet, da Südwest- und Nordwestwinde bei uns vorherrschen. Besondere Grünanlagen und Kinderspielplätze sind in derartigen Wohnsiedlungen unnötig, Sport- und Spielplätze für die heranwachsende Jugend und die Erwachsenen sollten dagegen in ausreichender Menge und Größe (5 Quadratmeter pro Kopf der Bevölkerung) im Bebauungsplan vorgesehen werden.

Der Weg zur Heimstätte.

Praktische Winke für Bauparer.

Von W. F a u t h, Stadtbaurat a. D., Sorau N.-L.

(Fortsetzung.)

Wärmewirtschaftliche Forderungen an die Gestaltung der Heimstätte.

Erst die Kohlennot der Kriegs- und ersten Nachkriegsjahre hat die große Bedeutung wärmewirtschaftlicher Fragen beim Wohnhausbau erkennen lassen. Wie jede Not so hat auch diese ganz neue Erkenntnisse reifen lassen, die aber heute noch nicht allgemein beachtet werden, trotzdem schon seit etwa zehn Jahren grundlegende, wertvolle Untersuchungen darüber bekannt sind. An verschiedenen Hochschulen bestehen Institute für Wärmewirtschaft, die nicht nur die einzelnen Baustoffe auf ihre Wärmeleitfähigkeit und die Wärmespeicherung im Laboratorium untersuchen, sondern ihre Beobachtungen auch an praktischen Beispielen ergänzen. Durch Austausch ihrer wissenschaftlichen Ergebnisse mit den Erfahrungen der bauausführenden Fachleute tragen sie zur Klärung dieser wichtigen Fragen bei. Während vor dem Kriege die Baustoffe nur selten auf ihren wärmewirtschaftlichen Wert untersucht wurden, spielen auf dem Bauplatz heute die wärmetechnisch hochwertigen Stoffe eine große und wichtige Rolle. Aber nicht die zweckmäßige Verwendung wärmewirtschaftlich günstiger Baustoffe allein ist beim Wohnungsbau wichtig, sondern von ebenso großer Bedeutung ist die Lage der Räume neben- und übereinander und zur Besonnung. Bei der Grundrißgestaltung ist ein möglichst geringes Maß der freien Außenwandfläche heizbarer Räume anzustreben. Ausbauten vermehren die Abkühlungsflächen und sind schon deshalb so weit wie möglich einzuschränken. Wie viele, mit großem Baukostenaufwand errichtete Erker werden in den langen Wintermonaten wegen der Kühle, die in ihnen herrscht, gemieden, und stellen auf diese Weise einen sehr teureren Wohnlurus dar. Besonders starke Wärmeverluste entstehen durch flache, begehbare Abdeckungen von solchen Ausbauten, wenn die Decke über ihnen nicht ganz besonders durch wärmeschützende Baustoffe gesichert wird. Mancher „Villenbesitzer“ weiß von den Leiden und Kosten zu berichten, die solche meist überflüssigen Ausbauten bereiten. Abgefallener Deckenputz, Zerstörung des Anstriches und Schimmelbildung in den Ecken sind die häufigsten Folgen solcher Ausbauten, die entweder aus falscher Sparsamkeit oder mangelnder Erfahrung nicht mit ausreichendem Wetter- und Wärmeschutz versehen sind. Regelmäßig zu beheizende Räume gehören möglichst neben- und übereinander und mehr in den Kern des Hauses, während die nicht oder selten zu heizenden Räume, wie Flur, Treppenhaus, Vorratsräume, als Wärmeschutz dienen sollen. Dies ist besonders bei Doppelhäusern zu beachten, bei denen die zu heizenden Wohnräume in der Regel an die gemeinsame Mittelwand zu verlegen sind, während Eingänge, Treppen und Nebenräume an die freien Außenwände gehören. Die heute so beliebten großen, an den Ecken zusammengezogenen Fenster sind, wenn unter ihnen nicht Heizkörper einer Sammelheizung angebracht werden, genau so unbehaglich in den Wintermonaten wie viele Erker. — Wer an Heizstoffen sparen möchte, lasse alle beheizten Räume mit Doppelfenstern ausstatten, denn der Wärmeverlust durch einfache Fenster ist mehr als doppelt so groß wie bei gut schließenden Doppelfenstern. Wenigstens an den Wetterseiten von Wohn- und Schlafräumen sollten bei allen Wohnungen Doppelfenster eingebaut werden. Wo mit starkem Windanfall und Schlagregen gerechnet werden muß, haben sich Doppelfenster, deren äußere Flügel nach außen aufgehen, als dichter und praktischer erwiesen als solche, deren Flügel alle nach innen aufgehen. Welchen Einfluß die Anordnung der Räume im Baukörper und die freien Außenwandflächen auf die Heizkosten ausüben, zeigt eine vergleichende Ermittlung des Kohlenverbrauches einer gleichgroßen Wohnung bei verschiedener Lage und Gestaltung des Baues durch die Technische Hochschule München:

Beträgt der Kohlenverbrauch im Jahre für eine Kleinwohnung im allseitig freistehenden Haus z. B. 3200 kg, so verbraucht diese Wohnung im Doppelhaus, wenn die Wohnräume an den äußeren Giebelwänden angeordnet werden, 3100 kg. im Jahr, also nur geringe Ersparnis gegen die allseitig freiliegende Wohnung. Etwa $\frac{1}{3}$ des Jahresverbrauches wird gespart, wenn im Doppel- oder Reihenhaus die beheizten Räume an der Trennwand zusammengelegt und die Zugänge und Nebenräume an die freien Giebelseiten verlegt werden. Beim Reihenhaus wird durch gruppenweise Zusammenlegung von Wohnräumen und von Nebenräumen eine noch größere Heizkostensparnis erzielt. Auch die Wärmeverluste durch die Decke sind von maßgebendem Einfluß auf die Betriebskosten der Heimstätte, deshalb baue man Decken von guter Wärmehaltung, besonders wenn darüber kein beheizter Raum liegt. Was fußkalte Räume sind und wieviel Unbehagen sie im Winter den Bewohnern bereiten, hat ja wohl jeder schon einmal erfahren. Nicht unterkellerte Räume müssen deshalb, um fußwarm zu sein, mindestens einen mit der Zimmerluft in Verbindung stehenden Luftraum unter dem Holzfußboden haben, und gegen aufsteigende Feuchtigkeit sorgfältig geschützt werden. Da in der Heimstätte für Kellerräume reichlich Verwendung ist, sollten nur ausnahmsweise nichtunterkellerte Wohnräume angelegt werden. Dachgeschosse müssen, wenn sie auch in der Winterzeit behaglich sein sollen, nach allen Seiten gegen Wärmeverluste besonders gut geschützt sein. Es genügt z. B. nicht, die Unterseite der Dachsparren bei den Schrägen zu schalen und zu putzen, die Hohlräume zwischen Dachhaut und Schalung sind wärmeschützend auszufüllen. Sehr wichtig für die Wärmewirtschaft ist auch die Höhe der Räume. Erst seit Beendigung des Krieges ist es allgemein zulässig, Wohnräume in Vollgeschossen mit 2,50 m und Dachgeschosshohlräume mit 2,20 m Mindesthöhe zu errichten. Wenn man bei Heimstätten nicht gerade diese Mindestmaße nehmen will, so sind im allgemeinen Erdgeschosshöhen mit 2,60—2,70 lichter Höhe und Obergeschosshöhen mit 2,50 m auch bei Raumgrößen von mehr als 20 qm ausreichend und wohnlich. Man bedenke, daß durch bescheidene Raumhöhen nicht nur an einmaligen Baukosten, sondern, was nicht minder wichtig ist, auch an jährlichen Heizkosten gespart wird. Die Forderung nach hohen Räumen entstand in den Städten als notwendige Anpassung an die enge, vielgeschossige Bauweise, hat aber bei weiträumiger Flachbauweise, wie sie jetzt allgemein üblich ist, keine Berechtigung mehr. Auch auf die Lauflänge der Treppen und damit auch auf die Grundfläche des Trepperraumes hat die Geschosshöhe merkbaren Einfluß. Wegen des notwendigen Luftraumes braucht man bei Heimstätten keine Besorgnisse zu haben. Daß sich niedrige Räume rascher anheizen lassen als hohe und auch nicht so rasch in der Nähe der Fußböden abkühlen, ist ein weiterer Vorteil.

Betriebswirtschaftliche Forderungen an die Gestaltung der Heimstätte.

Fragen dieser Art gehen die Hausfrau in erster Linie an, denn sie soll im Heim so wirtschaften, daß alle notwendigen häuslichen Arbeiten ohne vermeidbare Zeit- und Kraftausgabe erledigt werden. Unseren deutschen Hausfrauen geht es in vieler Hinsicht ähnlich wie den landwirtschaftlichen Betrieben. Die Fortschritte der Technik und ihre praktischen Hilfen haben auf allen Gebieten ganz neue Werdemöglichkeiten, gar oft Umstellungsnotwendigkeiten mannigfacher Art zur Folge. Ist es in der Landwirtschaft die durch die tarifliche Lohnregelung und die billige Auslandszufuhr von landwirtschaftlichen Erzeugnissen entstandene Frage, wie weit fremde Arbeitskräfte im Betriebe noch tragbar und unter welchen Voraussetzungen

sie ganz oder zum Teil durch Maschinen und Aenderung des Betriebes ersetzt werden sollen, so ist in der einzelnen Hauswirtschaft heute mehr als je die Frage, ob ein Dienstmädchen gehalten werden soll, eine außerordentlich wichtige. Sie hat auf die Gestaltung der Heimstätte einen umso größeren Einfluß, je bescheidener die Lebenshaltung eingerichtet werden muß. Ist eine Hilfe der Hausfrau und Mutter täglich zur Verfügung, die auch im Garten mit Hand anlegt, so wird man z. B. von der Einrichtung einer Wohnküche in der Regel absehen und dafür einen kleineren, ausschließlich dem Küchenbetrieb dienenden Raum, also eine **Kochküche**, vorsehen. Ist aber die Hausfrau allein oder nur auf zeitweise Hilfe, etwa der Kinder, angewiesen, dann wird man in vielen Fällen die Frage der Einrichtung einer **Wohnküche** ernstlich und mit Sorgfalt prüfen müssen. Diese muß dann natürlich so wohnlich und zweckmäßig gestaltet und eingerichtet werden, daß zu jeder Zeit Ordnung und Sauberkeit darin herrschen können. Eine **Koch- und Spülküche**, die vom Wohnteil leicht durch Vorhänge oder auch durch Schiebetüren getrennt werden kann, ermöglicht es, mit weit bescheidenerem Raum auszukommen als bei getrennten Räumen. In solchen Fällen sollten möglichst alle Geräte und das Geschirr in **Wandschränken** geborgen sein, um leichter Ordnung halten zu können und die Wohnlichkeit nicht zu beeinträchtigen. Derartige Wohnküchen haben gegenüber den sogenannten **Arbeitsküchen** kleinster Abmessungen viele Vorteile, vor allem den, daß die Hausfrau in der Wohnküche die Familienangehörigen, besonders kleine Kinder, die ihrer Obhut bedürfen, um sich haben kann, während in der Regel in den engen Arbeitsküchen dafür kein Plätzchen ist. Man hat in diesen Kleinküchen teilweise die einzige Zukunftslösung gesehen, aber vielfach vergessen daß im Familienleben auch alteingebürgerte Gewohnheiten und örtliche Verschiedenheiten eine wichtige Rolle spielen und daß die Hauswirtschaft nicht rationalisiert werden kann wie ein Industriebetrieb. Aber nicht nur die Küche selbst, sondern auch die Lage der Küche zu den übrigen Räumen, zum Keller und zum Hof und Garten ist wichtig. Wer einen Bauplan entwirft, muß sich auch ein Bild von den Wegen machen, die durch die Lage der Räume zu einander zwangsläufig bedingt werden. Es kommen viele Kilometer täglich an Wegstrecken und Treppenstufen zusammen, die von der Hausfrau zurückgelegt werden müssen, und deshalb ist Nachdenken hierüber durchaus lohnend. Sehr wichtig für den Umfang der Reinigungsarbeiten ist auch die Lage der Eingänge zu Küche und Keller. Wer es irgendwie einrichten kann, Sorge für eine unmittelbare Verbindung der Wirtschaftsräume mit dem Garten. Oft eignet sich als Durchgangsräume die **Waschküche**, in der bei schmutzigem Wetter die Schuhe entweder gewechselt oder gereinigt werden, bevor die Wohnräume betreten werden. An keiner Türe, die vom Haus ins Freie führt, dürfen **Abkratzrost** und **Matte** fehlen. Es wird leider beim Bau meist vergessen, wenigstens die notwendigen Vertiefungen für eine zweckmäßige Lagerung von **Abtrockneten** anzubringen, so daß solche nützlichen Gegenstände vielfach Anlaß zu Unfällen geben. Statt einer **Speisekammer** kann ein geräumiger und nach außen belüfteter **Speiseschrank** ausreichend sein, wenn eine bequeme Verbindung zwischen Küche und Keller besteht. Umbaut man **Spül- und Abwaschbecken**, so gewinnt man unter oder neben ihnen geeigneten Raum für **Eimer, Lappen** und **Bürsten**, vergesse aber nie, solche Gefasse ausreichend mit Lüftungsöffnungen zu versehen. Neben den Arbeiten in der Küche gehört die **Besorgung der Wäsche** zu den mühevollen und regelmäßig wiederkehrenden Aufgaben der Hauswirtschaft. Wer eine **Waschküche** neu einrichtet, überlege sich wohl, ob er bei dem üblichen gemauerten **Waschkesselherd** bleiben will, oder neuerzeitlichen, bequemeren Einrichtungen den Vorzug geben soll. Selbst wenn die einmaligen Einrichtungskosten etwas höher sind als die der altgewohnten, dafür aber die mühsame Arbeit des Waschens erleichtert wird, sollten diese Mehrkosten aufgewendet werden. Bei Neueinrichtung einer Heimstätte müssen alle hauswirtschaftlichen Arbeiten und deren Geräte und Räume Anlaß zum Nachdenken darüber geben, welche Erleichterungen ermöglicht werden können.

Zur **Waschküche** gehört auch ein **Wäschetrocken- und Bleichplatz**, der mit **Wäschepfählen** ausreichend versehen sein muß und nicht mit Bäumen bepflanzt werden darf. Außerdem kann für die Wintermonate ein **Wäschetrockenboden** nicht entbehrt werden, wenn nicht (bei voll ausgebautem Dachgeschoß) einfache **Trockenschränke** in Verbindung mit der **Warmwasserheizung** eingebaut werden.

Ein weiterer wichtiger Wirtschaftsraum ist die **Badestube**, die in keiner Heimstätte fehlen darf. Ist **Wasserleitung** vorhanden, wird sie zweckmäßig so angelegt, daß in einem genügend großen **Waschbecken** auch **Gesicht** und **Hände** gereinigt werden können und so die üblichen **Waschkommoden** in den **Schlafräumen** gespart werden. Hat die **Badestube** einen Eingang vom **Flur** oder **Vorraum** der **Schlafstube**, so kann sie als **gemeinschaftlicher täglicher Waschraum** für die ganze Familie benutzt werden. Die Erleichterungen für die Hauswirtschaft, die auf diese Weise erzielt werden, sind so erheblich, daß ruhig dafür nennenswerte Mehrausgaben für die einmalige Einrichtung getragen werden können, mindestens aber sollten die **Wasserzu- und Abflusleitungen** so verlegt werden, daß solche Einrichtungen jederzeit ohne bauliche Veränderungen angebracht werden können. Wer sich bei bescheidensten Baumitteln keine besondere **Badestube** leisten kann, beschaffe wenigstens eine von den preiswerten **Zinksparrwannen**, die zur Not in einem **Wandschrank** der Küche hochstehend aufbewahrt werden kann, um leicht herausgeholt und über einer **Fußbodenentwässerung** in der Nähe des **Küchenherdes** aufgestellt und benutzt zu werden. Die Küche ist als Raum zum **Baden** in solchen beengten Verhältnissen deshalb besser geeignet als die **Waschküche**, weil sie meist warm ist und deshalb der **Entschluß**, die **Badegelegenheit** oft zu benutzen, leichter ist als in einem unbehaglichen **Waschküchenraum**. In solchen Heimstätten werden die **Koch- und Spülküchen** ohnehin **Zu- und Abflusleitungen** für **Wasser** erhalten. Ein **wasserdichter Fußboden** dieses Raunteiles erleichtert auch seine **Verwendung** als **gelegentlicher Baderaum**. Die **Warmwasserbereitung** erfolgt auf dem **Herd**, sofern ein **gasbeheizter Heißwasserapparat** nicht eingebaut werden kann. Wo **Gas** vorhanden ist, mache man sich die Vorteile nutzbar und verwende es auch zum **Kochen**. Ein **Gasherd** braucht nur einen Bruchteil des **Raumes**, den z. B. der weitverbreitete **Rachelherd** in Anspruch nimmt. Stellt man den kleinen **Kessel** einer **sparsamen Warmwasserheizung**, wie z. B. der **Naragheizung**, anstelle eines **Kohlenherdes** in der Küche auf statt, wie das meist geschieht, im Keller, so kann man auch an **Heizkosten** sparen, denn die **Wärmeabgabe** eines solchen **Kessels** reicht aus zur **Erwärmung** des **Raumes**, der ja durch die **Gasochflamme** außerdem noch erwärmt wird. Die **Kleinheizungen** sind heute so **verbollkommen**, daß schon bei **Drei-Zimmerwohnungen** ihr **Einbau** wirtschaftlich ist. Die Frage der **Beheizung** muß schon beim **Entwurf** geklärt werden, weil sie auf die **Grundrißgestaltung** von erheblichem Einfluß ist. Es ist für die **Bemessung** der **Raumgröße** wesentlich, zu wissen, ob etwa durch weit ins **Zimmer** vortretende **Rachelöfen** nahezu ein **Quadratmeter** Fläche in Anspruch genommen wird oder ob nur ein oder zwei **schmale Heizkörper** eingebaut werden. Wenigstens prüfe jeder **Bauherr** die Frage einer **Sammelheizung** durch eine **vergleichende Kostenaufstellung**, die ein erfahrener **Baufachmann** unter **Beachtung** aller **Nebenkosten** aufstellen muß. Die beteiligten **Gewerbetreibenden** werden immer geneigt sein, die **wirtschaftlichen Vorzüge** ihrer **angebotenen Heizsysteme** besonders hervorzuheben, so daß es dem **Bauherrn** schwer möglich wird, ohne **beratende Hilfe** des **Fachmannes** sich ein **abschließendes Urteil** zu bilden. Daß die **Kosten** der **verschiedenen Brennstoffe** hierbei eine **wichtige Rolle** spielen, sei besonders **hervorgehoben**. Der **Anteil** der **Heizkosten** an den **jährlichen Aufwendungen** für die **Heimstätte** ist so **erheblich**, daß eine **gewissenhafte Prüfung** dieser **Fragen** unerlässlich ist.

Wer sich mit diesen wichtigen Fragen eingehender befassen will, erhält **sachverständigen Rat** bei der „**Arbeitsgemeinschaft für Brennstoffersparnis e. V.**“, **Berlin**, und durch die **Monatsschrift: „Wärmewirtschaftl. Nachrichten“** (Verl. Dr. Jäncke, Leipzig).

Ersparnisse durch die Eintragung als Reichsheimstätte.

Ein Beispiel aus der Praxis.

Vom Beigeordneten Dr. jur. Armin Graebert-Anklam.

Zwei Häuser in derselben Straße, in der selben Ausführung.

Drei Zimmer, Küche, Keller, Boden, Waschküche, Nutzgarten.

Größe: 963 qm, Bodenpreis: 481,50 RM.¹⁾, Gesamtkosten: 14 521,95 RM.

Belastung:

1. Hypothek 2000 RM. (Sparkasse);
2. Hypothek 5500 RM. (Privat);
- Sicherungshypothek für Anliegerbeiträge 600 RM.²⁾;
- Hauszinssteuerhypothek 4000 RM.;
- Rest (Eigengeld): 2421,95 RM.

	Schrankenloses Eigentum in RM.	Gesichertes Eigentum (Reichsheimstätte) in RM.
Katastergebühren	24,—	15,55
Baupolizeigebühren		
a) Bauerlaubnischein	7,—	—
b) Rohbauabnahmechein	7,—	—
c) Gebrauchsabnahmechein	3,50	—
Eigentum		
a) Grundbuchblattanlegung	2,25	—
b) Kaufvertrag	88,—	—
c) Auflassung	22,—	—
d) Eintragung des Eigentums mit Fortschreibungsgebühren	44,30	—
e) Vorverkaufsrezepteintragung	22,—	—
f) Eintragung einer Auflassungsvormerkung ³⁾	22,—	—
1. Hypothek		
a) Beurkundung der Schuldkunde	12,—	—
b) Eintragung	12,—	—
c) Hypothekenbrief	2,40	—
d) Löschungsvormerkung zugunsten der Hauszinssteuerhypothek	6,—	—
2. Hypothek		
a) Schuldkunde	24,—	—
b) Eintragung	24,—	—
c) Hypothekenbrief	4,80	—
d) Löschungsvormerkung	10,—	—
3. und 4. Hypothek		
a) Schuldkunde	22,—	—
b) Eintragung der 3. Hypothek	8,—	—
c) Eintragung der 4. Hypothek	20,—	—
d) Hypothekenbrief für die 4. Hypothek ⁴⁾	4,—	—
Nebenkosten bei Gericht	3,—	—
Stempelsteuer		
a) 1. Hypothek	3,50	—
b) 2. Hypothek	9,—	—
c) 3. und 4. Hypothek	11,—	—
d) Auflassungsvollmacht	3,50	—
e) Vertrag mit dem bauausf. Unternehmer	64,60	—
Grunderwerbsteuer	25,—	—
Umsatzsteuer ⁵⁾	99,—	—
	609,85	15,55
	—	15,55
Geldliche Ersparnisse als Reichsheimstätte 594,30		

Diese rd. 600 RM. werden vom Eigenkapital gespart, also von der Summe, die am schwierigsten aufzubringen ist.

1) So billig, weil aus städtischer Bodenvorratswirtschaft.

2) Wäre geringer, wenn im Heimstättengebiet gelegen, also keine Notwendigkeit einer Verkehrsstraße.

3) Auf Grund der ministeriellen Richtlinien für die Verwendung des für die Neubautätigkeit bestimmten Anteils am Hauszinssteuerauskommen müssen dinglich wirkende Sicherungen beschafft werden, die in Anklam in der Eintragung eines Verkaufsrechts und einer Auflassungsvormerkung bestehen.

4) Für die Sicherungshypothek für Anliegerbeiträge und die Hauszinssteuerhypothek ist eine gemeinschaftliche Urkunde aufgenommen worden.

5) Wertzuwachssteuer ist in diesem Falle nicht entstanden.

Baupolizeiliche Behandlung der Bauanträge.

Das Preußische Ministerium für Volkswohlfahrt gibt folgenden Erlaß an die Regierungspräsidenten usw. bekannt („Volkswohlfahrt“, 15. 9. 30):

Die große Zahl der Erwerbslosen und die schwierige Lage der gesamten Wirtschaft nötigen dazu, jedes Unternehmen, bei dem Arbeitskräfte beschäftigt werden, in jeder Weise auch durch die Behörden zu fördern. Aus diesem Grunde werden die Baupolizeibehörden, aber auch alle sonstigen bei der Ausführung von Bauten beteiligten Behörden, insbesondere die Gemeindebehörden, allen Bauvorhaben gegenüber größtes Entgegenkommen zeigen müssen. Dieses Entgegenkommen wird in erster Linie in einer möglichst beschleunigten geschäftlichen Behandlung der Bauanträge zu bestehen haben; jede Dienststelle muß das Bestreben haben, Verzögerungen zu vermeiden.

Aber auch sachlich ist ein weitgehendes Entgegenkommen erforderlich; hierbei ist davon auszugehen, daß auch die Ausführung privater Bauten nicht nur privaten Interessen dient, sondern gerade in einer Zeit der Wirtschaftsnöte der Allgemeinheit in verstärktem Maße zugute kommt. Wenn auch das Entgegenkommen nicht dazu führen darf, daß sich die Bauherren und Bauunternehmer willkürlich über die Forderungen hinwegsetzen, die der Sicherheit und dem Bestreben auf Schaffung gesunder Wohnungen dienen, so wird doch in einer Zeit der wirtschaftlichen Not von der Durchführung mancher Forderung im Wege der Ausnahme oder der Befreiung abgesehen werden können, deren Erfüllung zu anderer Zeit unerläßlich erscheint.

Die Baupolizei wird ihre Genehmigungstätigkeit ferner nicht allein in der Richtung auszuüben haben, daß sie die eingereichten Vorlagen prüft, sie wird vielmehr in den Fällen, in denen sie das Bauvorhaben nicht un- verändert genehmigen kann, dieses nicht einfach abzulehnen, sondern durch sachgemäße Beratung des Bauherrn eine Lösung anzustreben haben, die unter Berücksichtigung der berechtigten privaten und der öffentlichen Interessen eine möglichst beschleunigte Ausführung des Bauvorhabens ermöglicht.

Ich ersuche, in diesem Sinne auf die Baupolizeibehörden und die sonstigen bei Bauausführungen beteiligten Behörden, namentlich also auch auf die Dispensbehörden, einzuwirken.

J. W.: Dr. Schneider.

Vom Glück der eigenen Scholle

Von Arthur Herz, München.

Wir sind Wanderer des Lebens. Aber an einem Tage kommt über uns alle die Unruhe zur Ruhe. Dann wollen wir unseren Fuß nicht mehr hierhin und dorthin setzen, dann wollen wir nicht mehr Vielerlei sehen, sondern Eines von Grund auf schauen, dann soll unser Blick nicht mehr grenzenlos schweifen, sondern auf kleinem Raum Genüge finden, dann soll Auge und Fuß die Heimstätte haben, die es nimmer verläßt. Die wohl eine Begrenzung, aber nicht ein Ende ist, die wohl eine Heimkehr, aber nicht eine Abkehr, die wohl Fülle, aber nicht verwirrende Vielheit ist. Eines Tages kommt über uns alle die Unruhe zur Ruhe. Und, was wir suchen, ist die eigene Scholle, die Scholle, auf der der Baum uns gehört und der Wind, die Blume und der Himmel, der über uns steht, die Erde und der Regen, der sie feuchtet. Wo der Grund uns gehört und das Haus, das sich auf dem Grunde erhebt, wo die Wand unser ist und das Dach, und wo wir selbst den Rauch lieben, der dem eigenen Herde entsteigt. Und über den Einen kommt die Unruhe zur Ruhe früher und über den Anderen später, und der Eine sucht die eigene Scholle am See, und der Andere am Berg, denn Jeder sucht „nach dem Gesetz, wonach er angetreten“. Aber da, meine ich, ist es am Schönsten, wo sich Wald und See, wo sich Berg und Hang, wo sich Wiese und Acker beisammen finden, wo ich die Stille haben kann und den Ruf der Stadt, wo ich einsam leben darf oder in freudiger Gemeinschaft, wo die Weite mir winkt oder der Frieden des gefriedeten Grundes, wo Baum und Wind und selbst die Kreatur mir ruft: 'Komm' her zu mir, Geselle, hier find'st Du Deine Ruh'!“ —

Was sagen die Sparer der Beamtenbausparkasse?

Lehrer B., Schmittlotheim:

Aus den Ferien zurückgekehrt, finde ich die freudige Nachricht vor. Noch mehr freut es mich, daß die Auslosung gerade an meinem Geburtstag stattgefunden hat. Eine bessere Geburtstagsfreude konnte mir nicht gemacht werden. — Ich habe fast sämtliche Saktionen privater und auch amtlicher (Kreisparcassen) Bausparkassen geprüft und bin zu der Ueberzeugung gekommen, daß keine so sicher und zweckentsprechend ist, wie die Beamtenbausparkasse.

Oberlehrer F., Ilmenau:

Eine Geburtstagsfreude, und zwar eine seltene, wurde mir durch die Nachricht bereitet, daß ich nunmehr in den Besitz der ersten Hälfte meiner Vertragssumme gelangen soll. Endlich einmal ein Lichtblick in meinem arbeitsreichen, nicht immer glücklichen Leben. 240 Mark Zinsen brauche ich nun weniger aufzubringen, das bedeutet schon viel.

Regierungsinspektor i. R. C., Rudau:

Sie haben mir durch Ihre Mitteilung eine große Freude bereitet. Die Bausumme werde ich bis zum 1. April 1931 stehen lassen, weil ich bis dahin genügend Zeit habe, Vorbereitungen über den Bau eines Heims oder den Ankauf eines Hauses zu treffen.

Postschaffner H., Groß-Sachsen:

Hiermit bestätige ich freudigen Herzens den Empfang Ihres Schreibens. Obwohl ich schließlich schon mit einer Zuteilung rechnen konnte, löste die Mitteilung doch große Freude aus, denn nun ist das Angewisse Wahrheit geworden. Jetzt bin ich doppelt froh, daß ich damals nicht ausgetreten bin. Am 1. November werde ich mein neues Heim schon beziehen.

Rangiermeister G., Wittenberg:

Mit Neugier wurde die heutige Post von Ihnen geöffnet. Meine Frau, welche so viel Arbeit hatte, mußte erst wissen, was ich ihr vorlas. Nun ging die Arbeit noch mal so schnell, als sie Nachricht erhielt, daß wir ein Darlehen von 2000 M. zinslos erhalten sollen. Und noch freudiger werden wir sein, wenn wir erst die dringendsten Rechnungen bezahlen können.

Stadtschreiber W., Köln:

Unerwartet erhalte ich von Ihnen die freudige Mitteilung, daß mir die erste Hälfte meiner Vertragssumme in Höhe von 5000 M. als zinsloses Darlehen zugeteilt worden ist. Nun kann ich an die Verwirklichung meines Bauvorhabens denken.

Stadtrechner H., Ueberlingen (Bodensee):

Ihre gefl. Mitteilung über die Zuteilung der ersten Hälfte meiner Vertragssumme von 5000 M. hat mich vollkommen überrascht, habe ich doch nicht daran geglaubt, daß ich so rasch an die Reihe mit der Zuteilung käme, da ich doch erst vor wenigen Tagen meinen Bausparvertrag auf das Bausparhstem Eigenheim umgestellt habe. Mit der Zuteilung von 2500 M. ist nun endlich die Grundlage für mein späteres Eigenheim geschaffen, indem ich in die Lage versetzt bin, mir den Bauplatz dazu zu erwerben, zumal die Bauplätze mit Blick auf Bodensee und Alpen immer seltener werden. Meiner Freude über die Zuteilung will ich gerne Ausdruck dahin verleihen, daß ich weiter in Beamtenkreisen für die Beamtenbausparkasse werben werde.

Prof. M., Köln-Müngersdorf:

Trotz aller Anfeindungen von hiesigen gewissen Kreisen, die mich von der Beamtenbausparkasse abwendig machen wollten, als damals die Kasse gegründet wurde, habe ich an ihr festgehalten. Ich freue mich jetzt doppelt, daß ich es getan habe. Nochmals besten Dank für Ihr stetiges freundliches Entgegenkommen.

Techniker A., Köln-Holtweide:

Die Nachricht von Ihnen über Zuteilung eines zinslosen Darlehens (erste Hälfte) kam ganz überraschend und hat mich und meine Familie sehr erfreut. Ich zahle immer noch 7½ % Hypothekenzins bei der stadtdölnischen Sparkasse und bedeutet diese Summe wieder ein gut Stück vorwärts. Ich habe nie geruht, neue Mitglieder zu werben, leider fehlt einem großen Teil unserer Kollegen die nötige Einsicht und das Verständnis.

Oberpostsekret. B., Burg bei Magdeburg:

Recht herzlichen Dank für die freudige Mitteilung der Zuteilung der ersten Hälfte der Vertragssumme. Ich habe wirklich schon mit Sehnsucht auf das Kommen des Ereignisses ausgesehen. Habe ich doch eine fast erdrückende Schuldenlast, durch die Verteuerung des Baues entstanden, auf mich nehmen müssen, wobei mir schier der Atem auszugehen drohte. Mit der Zuteilung tritt jedoch eine ganz wesentliche Entspannung meiner wirtschaftlichen Verhältnisse ein. Ich danke Ihnen daher recht herzlich, daß Sie das „Bausparhstem Eigenheim“ mit seinen vielen Verbesserungen dem alten Verfahren gegenüber ins Leben gerufen haben. Ist doch damit eine Möglichkeit geschaffen, die eben rechtschaffen denkenden Bausparer nach jeder Seite hin befriedigen muß.

Obersteuersekretär H., Hof (Saale):

Mit großer Freude erhielt ich heute die Nachricht, daß die Zuteilung der ersten Hälfte meines Sparbetrages in Höhe von 2500 M. erfolgt ist.

Ich habe Ihnen bereits mitgeteilt, daß ich ein Zweifamilienhaus baute. Das Haus haben wir am 28. August 1930 bezogen. Die Summe von 2500 M. kann ich sehr notwendig zur Begleichung der Baurechnungen gebrauchen; hoffentlich erfolgt die Ueberweisung recht bald.

Obersekr. L., Zeuthen i. M.:

Ich kann nun mit dieser Summe freudigen Herzens lang-ersehnte Wünsche erfüllen, die mir ohne Rat und Tat der Beamtenbausparkasse unmöglich geblieben wären. Auch möchte ich nicht verschlen hervorzuheben, daß die dortige Sachbearbeitung der Sparangelegenheit stets mit einer solchen Objektivität behandelt worden ist, die nur allgemeine Befriedigung und Rechtsempfinden ausgelöst hat.

Oberlehrer H., Bad Liebenstein:

Eine schönere Herbstferienfreude konnte meiner Familie nicht zu teil werden, als Ihre freudige Nachricht, daß ich mit 8000 Mark ausgelöst bin.

Meine Frau wußte vor lauter Freude nicht, was sie alles anstellen sollte. Es ist mir daher aufrichtiges Bedürfnis, Ihnen von ganzem Herzen zu danken.

Oberpostsekretär W., Freudenstadt:

Ihre Mitteilung über die Auslosung meiner Sparsumme von 15 000 Mark hat mich vollständig überrascht. Die Freude über das Ergebnis ist daher um so größer. Ich erachte es nach wie vor als meine Pflicht, mich für die Förderung der sicheren und segensreichen Beamtenbausparkasse in Beamtenkreisen einzusetzen und sie zu empfehlen.

Steuer-Assistent K., Greifswald i. Pom.:

Erst jetzt werde ich die richtige Freude an meinem Eigenheim haben. Bin ich doch nun in der Lage, meine teure Hypothek, die ich bisher mit 11 % verzinsen mußte, abzulösen. Nochmals allen Männern, die die Beamtenbausparkasse zu gründen verstanden, meinen und meiner Familie Dank.

Polizeikom. B., Hersfeld:

Die Nachricht hat mich hocherfreut. Bin ich doch dadurch in die Lage versetzt, eine Hypothek, die ich jetzt mit 9½ % verzinsen mußte, abzulösen.

Postschaffner W., Utting Bah.:

Mit großer Freude heute Ihren Brief über die Auslosung von 4000 Mark erhalten. Es ist mir ein großes Bedürfnis, Ihnen sofort von Herzen zu danken. Nun ist mein Bauvorhaben nächstes Frühjahr gesichert.

Dipl.-Ing. R., Stollberg i. Sa.:

Die Nachricht hat mich sehr überrascht; ich bin außerordentlich erfreut darüber. Ich gedenke nicht vor der nächsten Bauperiode davon Gebrauch zu machen. An eifriger Mitarbeit und Förderung werde ich es nicht fehlen lassen.

Ein mir bekannter Herr von der Amtshauptmannschaft Stollberg hat mir zugesagt, noch heute den Darlehensvertrag einzureichen.

Grubensteiger M., Olsh:

Das war wirklich eine freudige Mitteilung, die ich gestern erhielt.

Es ist nur schade, daß ich jetzt noch die Ausgaben für den Umzug gemacht habe. Wenn ich das gewußt hätte, hätte ich in meiner alten Wohnung noch so lange ausgehalten. Aber trotzdem freue ich mich sehr und danke Gott, daß es so gekommen ist.

Provinzialrentmeister B., Ritschedorf/Bez. Breslau.

Die Freude, die Ihre Nachricht ausgelöst hat, war natürlich um so größer, als ich bereits am 30. Juni d. J. meine Heimstätte bezogen habe und alle Versuche, für den noch fehlenden Betrag einen Darlehensgeber zu finden, ohne Erfolg geblieben sind. Die Durchführung des Bauvorhabens war letzten Endes nur möglich durch das Entgegenkommen der Baufirma. Durch die Zuspitzung der wirtschaftlichen Verhältnisse und die dadurch zwangsläufig schwieriger gewordene Geldbeschaffung, wird das Bauen ohne die segensreiche Einrichtung der Beamtenbausparkasse für Beamte einfach unmöglich gemacht. Darum halte ich es für ganz selbstverständlich und auch dankbare Pflicht, für „unsere“ Beamtenbausparkasse zu wirken und in Beamtenkreisen auf sie hinzuweisen.

Oberlehrer i. R. W., Ansbach.

Ein Lichtstrahl nur? Nein, eine Fülle von Licht durchflutete mein Krankenzimmer, als heute morgen die frohe Botschaft einlief, daß ich ausgelöst sei. Die Summe reicht aus, die erwachsenen Instandsetzungsarbeiten meines Eigenheims abzudecken. Ich bitte, für die rasche Uebermittlung der Freuden- nachricht herzlichen Dank entgegennehmen zu wollen mit der Zusage, wie bisher auch weiterhin für den Heimstättengedanken einzutreten und ihn weiterzutragen.

Weichenwarter Sch., Wiehe/Anstruthal.

Hocherfreut erhielt ich die Nachricht von meiner Auslosung. Mir ist nun die Möglichkeit gegeben, die erste Hypothek auf meine im Jahre 1929 erbaute Heimstätte zu tilgen, was mir ohne die Beamtenbauparkasse schwer gelungen wäre.

Betriebswerkm. Sch., Engelsdorf-Ost:

Mit großer Freude habe ich Ihre Mitteilung, daß mir die erste Hälfte meiner Vertragssumme in Höhe von 1000 M. zugeteilt worden ist, am 20. 10. auf dem Geburtstagstisch

vorgefunden. Eine größere Geburtstagsfreude konnten Sie mir und meiner Familie nicht bereiten.

Oberpostschaffner K., Gollnow i. Pom.:

Meinen verbindlichsten und herzlichsten Dank allen, die mitgeholfen und gearbeitet haben an der segnenbringenden Einrichtung. Es macht direkt Spaß, mit solchen Mitteln so selbständig bauen zu können. Es wird ein schönes Häuschen, viel Platz drin, macht auch so einen netten Eindruck und hat vor allem eine schöne Lage.

Zehn Jahre Bauhüttenbewegung

Der Verband sozialer Baubetriebe feierte in diesen Tagen sein zehnjähriges Jubiläum. Der Verband ist von den sachlichen Berufsorganisationen des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes gegründet. Nach dem Gesellschaftsvertrag ist der Zweck der Gesellschaft „die Verbilligung des Bauens durch die Förderung des Baugewerbes auf gemeinwirtschaftlicher Grundlage, insbesondere die Verbilligung des Kleinwohnungsbaues für die minderbemittelten Volkskreise“.

Wie hat der Verband diesen Gesellschaftszweck erfüllt? Nach dem Ausweis des Jahres 1929 haben allein 128 Betriebe durchschnittlich im genannten Jahre 18 510 Personen beschäftigt. Der Umsatz in diesen Betrieben betrug insgesamt 137 650 996,— M. Von diesem Umsatz entfielen auf

öffentlich-rechtliche Körperschaften	20 507 600 M.
gemeinnützige Gesellschaften und Genossenschaften	100 200 926 M.
Private	16 942 470 M.

Die Umsatzzahlen zeigen, daß die sozialen Baubetriebe es auch verstanden haben, private Geldgeber von dem Wert ihrer Arbeit zu überzeugen.

Gewiß sind in der Bauhüttenbewegung auch Mißerfolge und Rückschläge im einzelnen zu verzeichnen. Bei welcher großen Bewegung ist dies aber nicht der Fall?

Bedenken muß man, daß die Bauhüttenbewegung vielen Gegnern zum Trost sich durchsetzen mußte. Wenn der Grundgedanke der Bewegung nicht gut gewesen wäre, dann würde heute wahrlich keine Bauhüttenbewegung mehr zu finden sein. An scharfen Gegnern hat es nicht gefehlt. Trotzdem hat die Bewegung einen Aufstieg zu verzeichnen, der den Gründern allen Anlaß gibt, sich über den Erfolg zu freuen.

Wir sprechen deshalb dem Verbands sozialer Baubetriebe unsere besten Glückwünsche aus. Wir gedenken an dieser Stelle besonders der Männer, deren Namen mit dieser Bewegung auf das engste verbunden sind und bleiben. Das sind vor allem: Fritz Paepow, Dr. Martin Wagner, Walter Astor, Nikolaus Bernhard und August Ellinger.

August Ellinger hat jetzt eine umfangreiche Geschichte über die Bewegung des Verbandes sozialer Baubetriebe unter dem Namen „Zehn Jahre Bauhüttenbewegung“ geschrieben. (Verlag: Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes m. b. H., Berlin S 14.) Dieses für die Geschichte bedeutsame Werk wird für jeden von größtem Interesse sein, der am sozialen Leben unseres Volkes Anteil nimmt.

Johannes Lubahn.

Mitteilungen der BBS

1. Die nächsten Zuteilungen nach dem alten und neuen Verfahren finden Januar und Februar 1931 statt.

2. Ortsgruppen-Gründungen.

Chemnitz. Vorsitzende: Lehrer Curt Wagner, Chemnitz, Dresdener Str. 154; Lehrer Arno Kreher, Schönau bei Chemnitz.

Riesa. Vorsitzender: Zollsekr. Johann Knoblich, Strehla b. Riesa, Riesaer Str. 258.

3. Druckfehler-Berichtigung.

Auf der letzten Seite der Nr. 10 der „Heimstätte“ muß es unter Ib (Tarif 10) heißen: Folgende zwölf Sparer mit der Schlüsselzahl von 1620 ab aufwärts, statt von 620 ab.

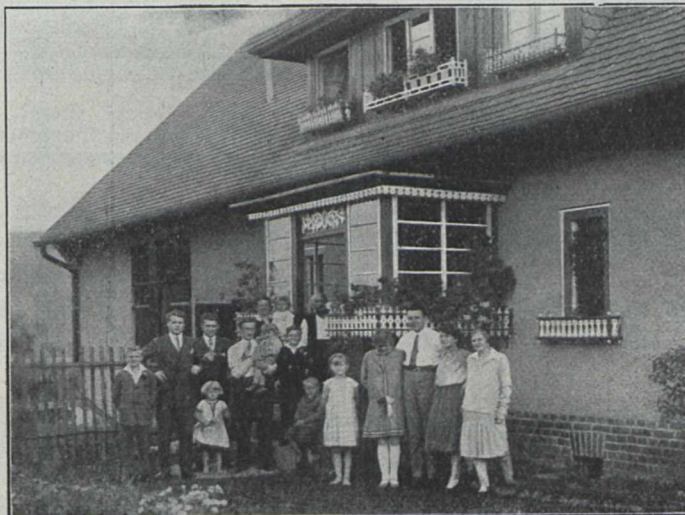
4. Die „unabhängige“ Presse.

Aufsätze über Bodenreform und Heimstättenbewegung werden von der Presse meist ohne Angabe von Gründen abgelehnt. Manche Zeitungen sind ehrlich und geben den Grund an.

So sendet eine größere Tageszeitung einen Aufsatz über unsere Bewegung mit folgender Bemerkung zurück:

„Alle anderen Baupargemeinschaften wie die Bau- und Wirtschaftsgemeinschaft, Gemeinschaft der Freunde Wüstenrot, Bauparkasse Niedersachsen usw. haben bei uns laufende Anzeigenaufträge und bekommen im Rahmen derselben natürlich auch Hinweise oder Artikel aufgenommen. Mit Rücksicht auf diese Kunden dürfen wir weitere Artikel von Ihnen ohne Inserate nicht mehr aufnehmen.“

Wer diese Zusammenhänge kennt, weiß, wie solche „redaktionelle“ Artikel zu bewerten sind.



Polizeihauptwachtmeister a. D. Franz Michalski, Ziegenhals (Schlesien) (14 Kinder von 1—27 Jahren). Darlehen 3000 RM.



Eigenheim
mit Hilfe der

Beamtenbausparkasse

Heimstättengesellschaft der
deutschen Beamtenschaft m.b.H.

BERLIN NW 87 Auskunft hier!
LESSINGSTR. 11



Beamtenbausparkasse

Heimstättengesellschaft der
deutschen Beamtenschaft m.b.H.

BERLIN NW 87 Auskunft hier!
LESSINGSTR. 11

1 Wir haben die obigen Schilder in der Größe 10 x 15 cm als Messingschilder (0,8 mm stark), teilweise vernickelt, herstellen lassen und sind bereit, sie jedem Sparer auf Wunsch kostenlos zur Verfügung zu stellen. Wir würden es begrüßen, wenn alle Sparer ein solches Schild an geeigneter Stelle (Gartenzaun, Wohnungstür usw.) anbringen würden, um dadurch verbündet zu wirken. Das Schild Nr. 1 eignet sich für solche Sparer, die be-

2 reits ein zugeteiltes oder freies Darlehn erhalten haben. Das Schild Nr. 2 kommt für alle Sparer in Frage.

Wir werden mit den Schildern zugleich Aufklärungsmaterial übersenden, das Interessenten ausgehändigt werden kann. Wir hoffen, daß von dem Angebot im Interesse der Beamtenbausparkasse recht zahlreicher Gebrauch gemacht wird. Zusendung erfolgt nur auf Anfordern.

Weichenwarter Wilhelm König
Mönchwinkel Nr. Niederbarnim



Darlehen 6000 RM.



Konrektor Johannes Spieler, Winzig,
Bez. Breslau. Darlehen 10000 RM.



Lehrer Richard Engel, Schüsselndorf
in Schlesien. Darlehen 5000 RM.

Nach dem

Auslosungs-Verfahren

sind in 8 Verlosungen

669 Sparer mit **4 233 000** Reichs-Mark
ausgelost worden.

Dazu kommen

726 freie Darlehn mit **2 677 000** Reichs-Mark
die sich die Sparer gegen Verpfändung der Abtretungs-
rechte selbst beschafft haben.

Nach dem

Schlüsselzahl-Verfahren

sind bei der ersten Zuteilung an

43 Sparer **102 000** Reichs-Mark
zuteilung worden.

Dazu kommt

ein Zwischenkredit für weitere **143** Sparer
in Höhe von **500 000** Reichs-Mark,
den die Beamtenbausparkasse beschafft hat.

Schriftleitung: Johannes Lubahn. Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Max Wagner. Verlag: Heimstättenamt der Deutschen Beamtenschaft e. V. Sämtlich Berlin NW. 87, Lessingstr. 11. — Druck von Robert Müller, Potsdam. „Die Heimstätte“ kann durch jedes Postamt zum Preise von 1,— M. zuzüglich 0,08 M. Zustellungsgebühr für das Vierteljahr bestellt werden.